

Emails Angriffe gegen Mitgesellschafter geführt habe, die zur Stiftung von Unfrieden unter den Gesellschaftern geführt hätten.

Wegen des weiteren Vorbringens der Parteien wird auf den Inhalt der gewechselten Schriftsätze nebst deren Anlagen Bezug genommen.

9

f

Entscheidungsgründe

Die Klage ist unbegründet.

Soweit der Kläger mit dem von ihm verfolgten Begehren die Feststellung der Nichtigkeit des Gesellschafterbeschlusses vom 15.11.2010 erstrebt, greift sein Vorbringen schon deshalb nicht durch, weil die Voraussetzungen für eine Nichtigkeit nicht erfüllt sind. Nach ständiger Rechtsprechung sind Beschlüsse der Gesellschafterversammlung einer GmbH nur unter den einschränkenden Voraussetzungen der für die Hauptversammlungsbeschlüsse einer AG maßgebenden §§ 241 f., 249 AktG nichtig (vgl. BGHZ 51, 209, 210 f. m.w.N.; BGHZ 134, 364 f.). Der bloße Verstoß gegen eine Satzungsbestimmung macht einen Gesellschafterbeschluss nach diesen Vorschriften nicht nichtig.

Jedoch ist der von dem Kläger verfolgte Antrag, die Nichtigkeit des Gesellschafterbeschlusses festzustellen, unschädlich. So entspricht es allgemeiner Auffassung, dass der Nichtigkeitsantrag den Anfechtungsantrag mit einschließt. Zwar hat die Rechtsprechung in der Vergangenheit wiederholt angenommen, die auf Feststellung gerichtete Nichtigkeit und die auf Rechtsgestaltung gerichtete Anfechtungsklage verfolgten verschiedene Rechtsschutzziele (vgl. RGZ 170, 83, 87; BGHZ 32, 318, 322; BGH NJW 1952, 98). Im Schrifttum ist diese Ansicht jedoch zu Recht einhellig abgelehnt worden. Beide Klagen verfolgen nämlich dasselbe materielle Ziel, nämlich die richterliche Klärung der Nichtigkeit des Gesellschafterbeschlusses mit Wirkung für und gegen jedermann (vgl. Hüffer, AktG, 2. Aufl., § 246 Rdnr. 13 ff.; derselbe in: Baumbach/Hefermehl/Eckhardt/Kropff, AktG, § 246 Rdnr. 19 f.; Schilling in: Großkommentar zum AktG, 3. Aufl., § 246 Anm. 5). Soweit ihnen wie im vorliegenden Fall derselbe Streitgegenstand zugrunde liegt und die Anfechtungsklage nicht verspätet ist – sie wurde vorliegend am 14.12.2010 und damit innerhalb eines Monats nach der Beschlussfassung vom 15.11.2010 bei Gericht eingereicht und demnächst, nämlich am 30.12.2010 zugestellt, was nach §